

VERHANDLUNGSSCHRIFT ÜBER DIE SITZUNG DES

GEMEINDERATES
GEMEINDERATSAUSSCHUSSES

GEMEINDEVORSTANDES

am **Dienstag, 18.11.2014**
Beginn **19:30 Uhr**
Ende **21:15 Uhr**

im großen Sitzungssaal
Die Einladung erfolgte am **10.+11.11.14**
durch Kurrende

Bürgermeister:

Rudolf	Plessl	Anwesend	
Vizebürgermeister:			
Reinhold	Steinmetz	Anwesend	

Geschäftsführende Gemeinderäte

Franz	Kopriva	Anwesend	
Irene	Vales	Anwesend	
Mag. Michael	Zier		Entschuldigt
Dagmar	Zier	Anwesend	

Gemeinderäte

Karl	Silhengst	Anwesend	bis 20.30 Uhr
Kopriva	Veronika	Anwesend	
Gerhard	Stumfohl		Entschuldigt
Johann	Vales	Anwesend	
Michael	Egel	Anwesend	
Ingrid	Stumfohl		Entschuldigt
Rudolf	Obermeier	Anwesend	
Martin	Vales	Anwesend	
Patrick	Lajza	Anwesend	
Ing. Gerhard	Zier	Anwesend	
Manuel	Wiesmahr	Anwesend	ab 19.45 Uhr
Ernst	Stübbegger	Anwesend	
Franz	Chromecek	Anwesend	

Zuhörer: Hr. Karger Roman Hr. Geiblinger Karl
 Hr. Schuster Werner Fr. Wiesmahr Petra
 Hr. Dorner Dieter Hr. Janz Karl
 Hr. Reischel Michael Hr. Steindl Herbert
 Hr. Kriwak Horst Hr. Eser Frank

VORSITZENDER : Bürgermeister **Plessl Rudolf**

Die Sitzung war öffentlich

Die Sitzung war - nicht - beschlussfähig

Am 18.11.2014, um 19.30 Uhr begrüßt Bgm. Plessl die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt: GR Ingrid Stumfoll, GR Gerhard Stumfoll, GGR Mag. Michael Zier, GR Manuel Wiesmahr kommt etwas später

Zuhörer: Hr. Schuster Werner, Hr. Geiblinger Karl, Hr. Kriwak Horst, Hr. Eser Frank, Hr. Janz Karl, Hr. Reischel Michael, Hr. Karger Roman, Hr. Steindl Herbert, Hr. Dorner Dieter, etwas später Fr. Petra Wiesmahr

1) Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 09.09.2014

Das Sitzungsprotokoll vom 09.09.2014 wird genehmigt. GR Veronika Kopriva gibt bekannt, dass beim Protokoll die Beilage von der Resolution „TTIP und ISDS“ hinzuzufügen ist.

2) Kassenprüfbericht

GR Ernst Stübegger verliest das Protokoll von der Kassaprüfung am 27.10.2014:

PROTOKOLL

**ÜBER DIE DURCHGEFÜHRTE KASSAPRÜFUNG AM 27.10.2014
ab 16.30 Uhr.**

Anwesende: Obmann GR Stübegger Ernst, GR Kopriva Veronika, GR Chromecek Franz, GR BM Ing. Gerhard Zier

Entschuldigt: GR Stumfoll Ingrid

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Der Prüfungsausschuss hat folgende Punkte überprüft:

1) Neues Ausschussmitglied/Obm.Stv.

Anstelle von ObmannStv. Frau Eva Steiner hat Gemeinderätin Frau Veronika Kopriva die Stelle als ObmannStv. übernommen.

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses danken dem ausgeschiedenen Prüfungsausschussmitglied Frau Eva Steiner für Ihre Tätigkeit im Ausschuss.

2) Überprüfung Vereine (Subventionsempfänger)

BÜCHEREI: anwesend Frau Eisen Andrea u. Frau Zier Dagmar
Sparbuchstand per 22.10.2014 € 565,64
Kassastand per 27.10.2014 € 37,37 2 Beilagen

Der Prüfungsausschuss empfiehlt im Voranschlag 2015 die Subvention der Bücherei wieder auf € 400,-- zu erhöhen.

TENNISVEREIN – anwesend Hr. Kindermann Peter
Sparbuchstand per 15.04.2014 € 1.675,76
Kontostand per 23.10.2014 € 4.626,52
Kassastand per 27.10.2014 € 270,78 1 Beilage

Mitgliederstand 42 und 22 Kinder.

MUSIKVEREIN: anwesend Herr Geiblinger Karl
Sparbuchstand per 28.02.2014 € 3.212,69
Kontostand per 27.10.2014 € 9.187,09
Kassastand per 27.10.2014 € 1.443,50 1 Beilage

Der Verein hat 32 aktive Mitglieder.

Betreffend Musikschule sind laut Angaben von Herrn Geiblinger, derzeit keine Einzelunterrichtsstunden möglich. Eine Abklärung mit der Musikschule ist erforderlich.

FC-UNTERSIEBENBRUNN:
anwesend: Es ist bei der Prüfung kein Vertreter des FCU erschienen.

Empfehlung des Prüfungsausschusses:

-) Vergabe der Subventionen entsprechend des Voranschlages 2014.
-) Sollten bei den Vereinen Abgabenrückstände vorliegen, soll keine Auszahlung der Subvention, sondern eine Gegenverrechnung mit der Abgabenschuld erfolgen.

3) Inventarliste – der für die Vereine zur Verfügung stehenden Geräte und Anlagen.

Es liegt ein nicht komplettes Inventarverzeichnis (Stand März 2014) vor, welche Anlagen und Geräte den Vereinen zur Verfügung stehen. Nach Ergänzung des Inventarverzeichnisses wird empfohlen, den örtlichen Vereinen das Inventarverzeichnis zur Verfügung zu stellen.

Ende der Prüfung: 18.15 Uhr

Bgm. Plessl teilte mit, dass betreffend FCU bereits vor der Prüfung die telefonische Mitteilung gemacht wurde, dass sie nicht die Möglichkeit hatten, zu diesem Zeitpunkt zu erscheinen, leider wurde es verabsäumt dies weiterzugeben. Eine Inventarliste wurde von GGR Vales Irene bereits an die Vereine weitergegeben, jedoch wird die Inventarliste nochmals überarbeitet, damit sie auf dem aktuellen Stand ist. Bgm. Plessl nimmt den Kassenprüfbericht zur Kenntnis.

3) Subventionsvergaben

Tennisverein

Antrag: GGR Vales Irene stellt den Antrag, dem Tennisverein eine Subvention in Höhe von € 400,-- gemäß Voranschlag zuzuerkennen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Musikverein

Antrag: GGR Vales Irene stellt den Antrag, dem Musikverein eine Subvention in Höhe von € 750,- plus Betriebskosten, in Summe von max. € 1.400,- gemäß Voranschlag zuzuerkennen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bücherei

GGR Zier Dagmar verlässt aufgrund von Befangenheit den Sitzungssaal.

Antrag: GGR Vales Irene stellt den Antrag, der Bücherei eine Subvention in Höhe von € 300,-- zu gewähren.

Anmerkung: Im Voranschlag 2014 sind € 200,- veranschlagt und im VA 2015 wird der Betrag auf € 400,- gemäß Empfehlung des Prüfungsausschusses angehoben.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

GR Ing. Gerhard Zier teilt mit, dass aufgrund der Anfrage von Hrn. Geiblinger der Wunsch da ist, dass ein Gespräch stattfinden soll über die Neuberechnung der Betriebskosten und Unklarheiten der Musikschule. Bgm. Plessl ist gerne bereit bei diesem Gespräch teilzunehmen.

GGR Dagmar Zier betritt wieder den Sitzungssaal.

4) Änderungen Kanal- u. Wasserabgabenordnung

Die NÖ Landesregierung hat nach Prüfung der Kanal- u. Wasserabgabenordnung eine Änderung der Gesamtbaukosten mitgeteilt. Somit ist eine neue Verordnung für Wasser und Kanal zu beschließen. Die Gebühren haben sich nicht verändert, lediglich die Gesamtbaukosten haben sich verändert.

GR Manuel Wiesmahr betritt um 19:45 Uhr den Sitzungssaal.

Änderung der Wasserabgabenordnung

Beschluss des Gemeinderates vom 18.11.2014

§ 2

Wasseranschlussabgabe für den Anschluss an die öffentliche Gemeindewasserleitung

- 1) Der Einheitssatz für die Berechnung der Wasseranschlussabgaben für den Anschluss an die öffentliche Gemeindewasserleitung wird gemäß § 6 Abs. 5 des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 € 7,02 festgesetzt.
- 2) Gemäß § 6 Abs. 5 (6) des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978 wird für die Ermittlung des Einheitssatzes (Abs. 1) eine Baukostensumme von € 2.437.090,00 und eine Gesamtlänge von lfm 14.430 zugrunde gelegt.

Angeschlagen am:

Der Bürgermeister

Abgenommen am:

Rudolf Plessl

Antrag: Vzbgm. Steinmetz stellt den Antrag die Wasserabgabenordnung zu beschließen

Beschluss: Der Antrag wurde angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

ÄNDERUNG der KANALABGABENORDNUNG

Beschluss des Gemeinderates vom 18.11.2014

**C. Einmündungsabgabe für den Anschluss
an den öffentlichen**

REGENWASSERKANAL

- (1) Der Einheitssatz für die Berechnung der Kanaleinmündungsabgabe für die Einmündung in den öffentlichen Regenwasserkanal wird gemäß § 3 Abs. 3 des NÖ Kanalgesetzes 1977 mit € 5,54 festgesetzt.
- (2) Gemäß § 6 Abs. 2 des NÖ Kanalgesetzes 1977 wird für die Ermittlung des Einheitssatzes (Abs. 1) eine Baukostensumme von € 1.343.556,00 und eine Gesamtlänge des Regenwasserkanalnetzes von lfm 5.552 zugrunde gelegt.

Angeschlagen am:

Abgenommen am:

Antrag: Vzbgm. Steinmetz stellt den Antrag die Kanalabgabenordnung zu beschließen

Beschluss: Der Antrag wurde angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5) Abtretungsvertrag Select Real/Gemeinde

Im Bereich der Erweiterung des Baulandes Strohgasse/Getreidegasse wurde der Standort des jetzigen Versickerungsbeckens Parzelle 390/49 im Ausmaß von 435m² vom Eigentümer an die Gemeinde abgetreten.

Antrag: GR Egel Michael stellt den Antrag dem Abtretungsvertrag von 435m² zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag wurde angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6) Löschung Vorkaufsrecht

Herr/Frau Schandl Josef und Maria haben um Löschung des Vorkaufsrechtes für das Grundstück 341/65, Haydnstraße 10 ersucht.

Die Vorgehensweise ist immer gleich, es wird nach Erfüllung der Bauverpflichtung der Löschung zugestimmt, wenn nach Durchsicht alle Abgabenvorschriften beglichen und kein Rückstand aufscheint.

Antrag: GR Vales Martin stellt den Antrag der Löschung des Vorkaufsrechtes zuzustimmen.

Beschluss: Der Antrag wurde angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7) Kaufvertrag Verl. Dr. Scholz/Gemeinde

In der Sitzung am 17.Juni 2014 hat der Gemeinderat bereits beschlossen, den Ankauf durchzuführen.

Da nun der Kaufvertrag von der RA-Kanzlei Dr. Kuhn vorliegt wurde Hr. Dr. Borns beauftragt, diesen zu überprüfen. Gestern teilte uns Dr. Borns mit, dass noch einige Details abzuklären sind und einige Adaptierungen vorzunehmen sind. Aus diesem Grund soll der Kaufvertrag nicht in dieser Sitzung, sondern in der nächsten GR-Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

8) Nachtragsvoranschlag 2014

Der Nachtragsvoranschlag 2014 ist vom 07.10. bis 22.10.2014 öffentlich aufgelegt und wurde in der Finanzausschusssitzung besprochen.

Der NVA 2014 weist folgende Summen auf:

ordentlicher Haushalt: € 2,734.100,00

außerordentlicher Haushalt: € 3,360.600,00

GGR Kopriva erklärt, der Nachtragvoranschlag wurde in der Finanzausschusssitzung und in der Vorstandssitzung besprochen. Erinnerungen wurden keine eingebracht.

Von GR Ing. Gerhard Zier wurden einige Fragen gestellt und auch beantwortet. Eine größere Diskussion über das Kellergassenprojekt entstand, da GR Stübegger befürchtet, keine Förderung mehr für dieses Projekt zu erhalten.

Bgm. Plessl berichtete über die Arbeiten, die beim Keller vorgenommen wurden und teilte mit, dass er am kommenden Dienstag einen Termin bei der Förderstelle im Land NÖ hat. Bgm. Plessl ersucht GR Stübegger, dass er alle Unterlagen und Schreiben über dieses Projekt für diesen Termin zur Verfügung stellt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat GR Stübegger die Abwicklung des Projektes durchgeführt und auf Grund der überbrachte Mitteilung, dass keine Förderung gewährt werden kann, wird Bgm. Plessl das Gespräch mit der Förderstelle führen. Es ist vorgesehen in der nächsten Sitzung darüber zu berichten. GGR Dagmar Zier bittet um Protokollierung, dass die ÖVP bei der Sitzung im August 2012 nicht gegen das Kellergassenprojekt war, sondern gegen die Auftragssumme. Zu der Aussage wird angemerkt, dass die finanzielle Beteiligung (2/3 Gemeinde, 1/3 Dorferneuerung) bei dem Projekt lediglich von den Gemeinderäten von der SPÖ und GR Stübegger in der Sitzung beschlossen wurde. Die ÖVP wollte, dass die Gemeinde keinen finanziellen Projektbeitrag leistet.

Antrag: GGR Kopriva Franz stellt den Antrag, den Nachtragsvoranschlag für 2014 zu beschließen.

Beschluss: Der Antrag wurde angenommen

Abstimmung: 10 ja – 6 nein (GGR Dagmar Zier, GR Manuel Wiesmahr, GR Ing. Gerhard Zier, GR Patrick Lajza, GR Franz Chromecek, GR Ernst Stübegger)

Um 20:30 Uhr verlässt GR Karl Silhengst den Sitzungssaal.

9) Anschaffung Kleinkommunalfahrzeug

Es wurden mehrere Angebote von Kleinkommunalfahrzeugen eingeholt und die Angebote wurden zusammengefasst und zusammengestellt. Eine Diskussion über die Angebote wird geführt. Alle Vor- und Nachteile der einzelnen Geräte werden besprochen und die Gemeindemitarbeiter waren bei der Entscheidung eingebunden, wobei mehrere Vorführgeräte getestet wurden.

GR Ing. Gerhard Zier möchte Fragen an die zuhörenden Bediensteten stellen. Aus diesem Grund fragt Bgm. Plessl ob alle Gemeinderäte für eine Befragung zustimmen. Anschließend wird der zuhörende Bauhofleiter Horst Kriwak in das Gespräch involviert und er beantwortet die gestellten Fragen. Er berichtet unter anderem auch, dass der Holder ein Naß-Kehrsaugsystem hat und mit den anderen Geräten nur eine Trockenkehrung vorzunehmen ist, dies würde aber eine unzumutbare Staubbelastung für die Bürger bedeuten. Außerdem ist der Holder gegenüber dem Iseki bei weitem wendiger und kürzer. Zuerst soll das Grundgerät mit Streuer, Absetzvorrichtung, Multikit und Pflug in der Höhe von ca. € 40.000,- angeschafft werden. Im Anschluss sollen weitere Gespräche für das Naßkehrsystem und Mähwerk geführt werden. Die Kosten für diese zwei Zusatzgeräte würden ca. € 21.000,- betragen und eine Entscheidung welche Zusatzgeräte gekauft werden, soll im Frühjahr 2015 getroffen werden.

Antrag: *Bgm. Plessl stellt den Antrag das Gerät Holder mit den Geräten für den Winterdienst zu beschließen.*

Beschluss: *Der Beschluss wird angenommen*

Abstimmungsergebnis: *12 ja, 3 Enthaltungen (GGR Franz Kopriva, GR Veronika Kopriva, GR Michael Egel)*

10) ÖBB Stellungnahme Aufsichtsbeschwerde

Bgm. Rudolf Plessl berichtet über die bei der BH Gänserndorf eingebrachte Aufsichtsbeschwerde betreffend Stellungnahme ÖBB „Ausbau und Elektrifizierung der ÖBB Strecke 117 Wien – Marchegg“.

Am 2. u. 3.4.2014 war die UVP Verhandlung im Siebenbrunnerhof und der Bescheid lag bis 31.10.2014 öffentlich auf. Die Gemeinde hat eine Stellungnahme im Juli 2013 und im Zuge der UVP Verhandlung eine Zusammenfassung abgegeben, wobei diese Zusammenfassung Grundsätzlich der Stellungnahme im Juli 2013 entsprach.

Es wurden bereits einige Aufsichtsbeschwerden gegen die Gemeinde eingebracht, welche auch von Volksanwaltschaft, BH, Land NÖ usw. überprüft wurden. Nach Abarbeitung der Behörden wurden bis jetzt alle Verfahren eingestellt und die Anschuldigungen erwiesen sich als haltlos und falsch. Derzeit liegt eine erneute Aufsichtsbeschwerde wegen Missachtung der NÖ Gemeindeordnung § 35, welche von Hrn. Dorner am 23.09.2014 bei der BH Gänserndorf einlangte, vor, da er der Meinung ist, dass der Gemeinderat gemäß § 35 eine UVP Stellungnahme beim ÖBB Projekt durchführen muss.

Bei der mündlichen Verhandlung im April 2014 wurden die Punkte nochmals vom Bürgermeister zusammengefasst, damit die anwesenden Sachverständigen die Anliegen der Gemeinde neuerlich überarbeiten müssen. Es geht hier um Barrierefreiheit der Haltestelle, der Güterwege nach Obersiebenbrunn, damit die Landwirte die Möglichkeit haben ins Lagerhaus und in die Zuckerfabrik zu kommen und mehr Lärmschutz für die Untersiebenbrunner Bevölkerung.

Es wird festgehalten, dass bereits am 10.07.2013 eine schriftliche Stellungnahme abgegeben worden ist. Bgm. Plessl verliest den § 35 Ziffer 6 der Gemeindeordnung, welches die Grundlage war, warum Hr. Dorner diese Beschwerde eingebracht hat. Im Anschluss verweist

Bgm. Plessl auf den § 38 Absatz 3 der Gemeindeordnung und liest vor, wobei in der Bestimmung enthalten ist, dass der Bürgermeister eine Stellungnahme bei Gefahr im Verzuge abgeben kann. Dieser Umstand trat damals ein, da am 10.07.2013 eine Mitteilung vom Verband MAREV erfolgte und unbedingt bis Frist 11.07.2013 eine Stellungnahme abgegeben werden musste, damit die Parteistellung der Gemeinde erhalten bleibt. Die Mitteilung von dieser Stellungnahme erfolgte am 19.08.2013 in der nächsten Vorstandssitzung, anschließend haben die Parteienvertreter (Gemeinderat) diese Protokollunterlagen per Mail erhalten und zur Kenntnis genommen.

Zur UVP Verhandlung am 2. und 3.4 wurden alle Gemeindeglieder eingeladen und es konnte jeder Bürger eine Stellungnahme abgeben, jedoch wurden nur drei Stellungnahmen von Untersiebenbrunner Bürgern abgegeben (Fr. Pochop mit Fr. Mikulics, Hr. Stippertz und Bgm. Plessl).

Betreffend Zitierung der Eilzüge, welche angeblich durch den Bahnausbau immer weniger werden sollen, möchte Bgm. Plessl festhalten, dass beim Bescheid die Zahlen von 2006 genommen und eine Prognostizierung bis ca. 2023 erfolgt ist. Bereits im Jahr 2010 erfolgte eine Reduzierung der täglichen Halte für Untersiebenbrunn. Jährlich findet auch eine Diskussion über die Fahrplangestaltung statt. Jetzt kann keine seriöse Aussage über die zukünftige Fahrplangestaltung und Zugbestellung getätigt werden.

GR Ing. Gerhard Zier sieht hier keine Gefahr in Verzug, worauf sich der § 38 Abs. 3 beruft. Außerdem war am 05.06.2013 eine GR-Sitzung, wo ein Dringlichkeitsantrag eingebracht hätte werden können, damit alle Gemeinderäte sich an der Stellungnahme beteiligen hätten können. GR Ing. Zier fühlt sich mit der Stellungnahme des Bürgermeisters nicht vertreten.

Bgm. Plessl teilt hier mit, dass diese Beschwerde von der Bezirkshauptmannschaft geprüft und abgearbeitet wird. Eine Stellungnahme war notwendig, da die Unterlagen für das notwendige Schreiben erst kurz vor Ablauf der Frist übermittelt wurden. Jeder Bürger, der der Meinung ist von der Gemeinde hier schlecht positioniert zu werden, hätte ja die Möglichkeit gehabt eine Stellungnahme bei der UVP abzugeben.

Bgm. Plessl bedankt sich nach Beendigung des öffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung bei den Zuhörern und schließt den öffentlichen Teil um 21.03 Uhr.

Der Schriftführer

Der Bürgermeister.

Antonia Lamp
Stagwagner



[Handwritten signature]
[Handwritten signature]